

Pawlatas Notschlafstelle für Frauen „ist ein Rückschritt“

Soziallandesrätin (SP) gerät mit Initiative unter Druck: „SPAK“ warnt vor Problemverlagerung und fordert vielmehr Lösungen für leistbares Wohnen.

Innsbruck – 500.000 Euro, 30 Plätze, ab Mitte des Jahres. In Innsbruck will Soziallandesrätin Eva Pawlata (SP) eine Notschlafstelle für Frauen (mit Kindern) einrichten. Die erste ihrer Art in Tirol (siehe Faktbox). Ein Projekt, das Pawlata Anfang Februar noch während der Sitzung des Landtages verkündete, die *TT* berichtete.

Kaum zwei Wochen später steht Pawlatas Initiative unter massivem Beschuss. Sozusagen aus den eigenen Reihen. Nämlich von den Sozialvereinen und -institutionen in Tirol. Der „SPAK“ (Sozialpolitische Arbeitskreis Tirol) – ein Zusammenschluss von 26 Organisationen (u. a. Volkshilfe, Frauenhaus, Diakonie etc.) – übt in einem offenen Brief an die schwarz-rote Landesregierung, aber auch den Landtag, massive Kritik an der angekündigten Frauen-Notschlafstelle.

Dass in Tirol Handlungsbedarf hinsichtlich einer „grasierenden Wohnungslosigkeit“ bestehe, sei offenkundig,

heißt es darin. Die Eröffnung einer weiteren Notschlafstelle sei aber „ein Rückschritt“ und würde „lediglich Probleme verlagern“. Dass es auch ein spezielles Angebot für Frauen benötige, spreche man Pawlata nicht ab, sagt etwa Josef Mooser vom Verein DOWAS. Mehr als Symptombekämpfung

„Ein gewisser Bedarf ist nicht zu leugnen, es bleibt aber wieder einmal nur bei Symptombekämpfung.“

Josef Mooser
(Verein DOWAS)

fung sei das aber nicht. Zumal sich bei den bestehenden Notschlafstellen schon seit geraumer Zeit abzeichne, dass sie sich – entgegen ihrer Intention – zu „Wohnheimen mit Daueraufenthaltscharakter“ entwickeln würden, wie in dem Brief gewarnt wird.

Pawlata begründet ihre Initiative u. a. mit „Rückmeldungen“ für ein derartiges Angebot aus einer Vielzahl an

Gesprächen. Mit dem SPAK habe Pawlata jedenfalls nicht gesprochen, wundert sich Mooser: „Wir sind nicht in diese Überlegungen eingebunden worden.“

Auch für die Grünen-Frauensprecherin im Landtag, Zeliha Arslan, sind Pawlatas Pläne veraltet. Viele Städ-

„Es ist mir vollkommen bewusst, dass eine Notschlafstelle nie ein Ersatz für eine eigene Wohnung sein kann.“

Eva Pawlata
(Soziallandesrätin, SP)

te würden vom Konzept der Notschlafstelle abrücken. „Tirol investiert 500.000 Euro in ein Konzept, das die Situation der betroffenen Frauen nicht ändert.“ In Tirol gebe es keine obdachlosen Frauen, die mit Kindern auf der Straße schlafen müssten, aber 100 Frauen und 80 Kinder, die eine Wohnung bräuchten. Die Grünen fordern, dass Gemeinden Wohnungen vorhalten müs-

sen, um Frauen vor Delogierung oder Wohnungslosigkeit zu schützen.

Der SPAK fordert von Pawlata und der Regierung andere, nachhaltigere Lösungen ein, die Wohnungslosigkeit zu bekämpfen. Wie etwa eine Wohnkostenverordnung im Rahmen der Mindestsicherung, welche „den realen Mietpreisen“ am Markt entspricht. Weiters eine „Mietzinsbeihilfe ohne Anwartschaft“. In der Regel ist der Bezug an einen Hauptwohnsitz von mindestens zwei Jahren geknüpft. Und natürlich den Neubau von mehr leistbarem Wohnraum.

Pawlata selbst antwortete dem SPAK gestern via Brief. Sie beteuert, dass eine Notschlafstelle nie ein Ersatz für eine eigene Wohnung sein könne. Jedoch benötige es auch kurzfristige Unterkünfte mit Betreuung. An den Notschlafplätzen halte sie deshalb fest. Dabei hofft sie auch weiterhin auf Unterstützung und Beratung durch den SPAK. (mami, aheu)



Die ZillertalBahn fährt derzeit mit Diesel und ist in die Jahre gekommen. Es benötigt rasch eine neue Bahn mit umweltfreundlichem Antrieb. Foto: Dähling

Akkuzug überholt den Wasserstoff

Die Hybridvariante mit Batterie und teilweiser Oberleitung hat als Alternative zum Dieselantrieb für die ZillertalBahn die Nase vorne.

Von Peter Nindler

Innsbruck, Mayrhofen – Es ist eine jener Entscheidungen, die von der schwarz-roten Landesregierung im Vorjahr aufgeschoben wurden: die Umrüstung der ZillertalBahn auf einen umweltfreundlichen Antrieb. Schließlich kamen nach dem Beschluss im Juni für einen Wasserstoffantrieb Zweifel daran auf. Dazu beigetragen haben auch die Kalamitäten um den ehemaligen Vorstand der ZillertalBahn Helmut Schreiner (falscher Doktor, abgeschriebene Dissertation). Schließlich agierte Schreiner als eine der treibenden Kräfte für eine Wasserstoffbahn im Zillertal. Politisch forciert sie der Nationalrat Franz Hörl (ÖVP).

Als Grundlage für eine neuerliche Beschlussfassung durch die Landesregierung wurde eine Prüfung aller möglichen Varianten bei Experten der Technischen Universität Wien in Auftrag gegeben: Offene Fragen zu vorliegenden Studien zum Wasserstoffantrieb und zu einer Elektrifizierung sowie einem Akku- oder Hybridantrieb (Batterie mit teilweiser Oberleitung) sollten beantwortet bzw. untersucht werden.

Wie aus einer von der TU Wien erstellten Punktation hervorgeht, hat der Elektrotriebzug mit Akku offenbar die Nase vorne. Bereits das deutsche Beratungsunternehmen KCW, welches das Land zuletzt beraten hat, wies auf diese Möglichkeit hin. In diesem Fall wären so genannte Inseloberleitungen zu errichten, um in Verbindung „mit dem Akkubetrieb auf den nicht elektrifizierten Streckenabschnitten die Versorgung mit Traktionsenergie sicherzustellen“, hieß es in einem Gutachten für das Land Tirol. Doch eine Bewertung

dieser Antriebsart wurde von den Zillertaler Verkehrsbetriebern nicht vorgenommen. Dort hat man ausschließlich auf Wasserstoff gesetzt.

Das hängt damit zusammen, dass sich die Zillertaler Bürgermeister und Touristiker gegen eine Oberleitung stemmen. Damit scheidet eine Elektrifizierung aus, deren Kostenvorteil gegenüber einem Wasserstoffantrieb von KCW jedoch mit 83 bis 180 Millionen Euro beziffert wird. Berechnet auf eine Betriebszeit von 30 Jahren. Der Hybridzug hätte gegenüber der reinen Akkuvariante ebenfalls Vorteile. Doch wie gesagt: Es würde Oberleitungen fürs Aufladen benötigen.

Endbericht noch ausständig

Der Endbericht der TU Wien soll dem Land demnächst übermittelt werden, schlussendlich muss dann die Politik eine Entscheidung treffen. Angesichts des in die Jahre gekommenen Dieselantriebs der ZillertalBahn und der Staus zu Spitzenzeiten auf der Straße benötigt es eine rasche Lösung. Ob der Zillertaler Tourismus auch eine andere Variante als die Wasserstoffbahn finanziell unterstützt, muss zudem geklärt werden. Noch im Frühjahr will die Regierung jedenfalls einen Beschluss fassen.



Der geplante Wasserstoffzug fürs Zillertal wackelt. Foto: ZVB



Auch das Rote Kreuz betreibt in Innsbruck eine Notschlafstelle. Die Soziallandesrätin will nun ein spezielles Angebot nur für Frauen (mit Kindern) schaffen. Der Applaus hierfür bleibt vorerst aber aus. Foto: RJK/Kandler

Wohnungslos

Notschlafstellen: In Innsbruck gibt es vier Notschlafstellen. Das Alexihaus (ISD; ganzzahrig; rd. 70 Plätze; nur Männer), die städtische Herberge (ISD; ganzzahrig; rd. 80 Plätze; eigener Frauentrakt), am Schusterbergweg (TSD; rd. 100 Plätze; früher nur Winter, jetzt ganzzahrig) und in der Richard-Berger-Straße (Rotes Kreuz; nur Winter).

Betroffene: Konkrete landesweite Zahlen gibt es keine, auch weil die versteckte Wohnungslosigkeit schwer zu fassen ist. Allein in den Innsbrucker Notschlafstellen sind an die 290 Personen untergebracht. 585 Personen nutzen das Angebot einer Hauptwohnsitzbestätigung („Wohnungslosenmeldung“) in einer Sozialberatungsstelle.

Politik in Kürze

Willi will Aus für Doppelvorstand Gasser

Dass sich die Verantwortlichen des Landesenergieversorgers Tiwag bei den diskutierten Rückzahlungen von rund 20 Millionen Euro an die StromkundInnen der Innsbrucker Kommunalbetriebe (IKB) für befangen erklären, sorgt jetzt erneut für politische Diskussionen. „Ich bin sehr überrascht, dass sich die Tiwag-Vorstände in der Frage der Strompreisrückzahlungen – ausgelöst durch die AK-Klage gegen die Tiwag – für befangen erklären. Schließlich liegt die Strompreisgestaltung für die IKB-Kunden ausschließlich in den Händen der Tiwag, die das ganze Problem ver-

ursacht hat“, kritisiert IKB-Eigentümerversorger und Bürgermeister Georg Willi (Grüne).

Zugleich stellt der Bürgermeister die Funktion von



Willi kritisiert die Doppelrolle von Vorstand Thomas Gasser. Foto: Böhm

Doppelvorstand **Thomas Gasser** infrage. „Was ich jedenfalls anrege: Die Doppelrolle von Vorstand Thomas Gasser – Vorstand in der Tiwag und in den IKB – darf nicht fortgesetzt werden, weil es durchaus vorkommen kann, dass Tiwag- und IKB-Interessen nicht deckungsgleich sind. Für wen arbeitet Gasser dann?“ Für Willi kann er nicht zwei Herren dienen. „Die KundInnen der IKB sind mit jenen der Tiwag gleich zu behandeln – sie müssen zu ihren Rückzahlungen kommen und dürfen hier nicht zwischen die Fronten geraten.“

Da würden sich manche

wirklich aus der Verantwortung stehlen, kritisiert auch Liste-Fritz-Klubchef **Markus Sint**. „Das schreit zum Himmel, wissen die denn nicht, dass das Vertrauen der Tiroler in die Tiwag und IKB ohnehin schon massiv erschüttert ist und einen Tiefpunkt erreicht hat?“

Nach einem Koalitionsausschuss bekräftigten alle fünf in der Südtiroler Landesregierung vertretenen Parteien ihren Willen zur konstruktiven Zusammenarbeit. Der Freiheitliche **Andreas Leitner Reber** ist bekanntlich aus seiner Partei ausgetreten. (pn)